

Hallische Zeitung

im G. Schwesfche'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwesfche'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 4 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 10 Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 4 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N^o 11.

Halle, Donnerstag den 14. Januar
Hierzu zwei Beilagen.

1864.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheit.

Frankfurt a. M., d. 12. Januar. (Tel.) Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht die Uebersetzung einer Depesche, die Drouyn de Lhuys unter dem 8. Januar an eine deutsche Regierung gerichtet. Folgendes ist der wesentliche Inhalt. Dem Kaiser Napoleon sei die Einladung der englischen Regierung vom 31. December zu einer Conferenz über die schleswig-holsteinische Angelegenheit zugegangen. Die kaiserliche Regierung müsse jedoch im Hinblick auf das Scheitern eines allgemeinen Congresses den Vorschlag dieser speziellen in Paris abzuhaltenden Conferenz ablehnen. Indessen sei sie nicht unbedingt gegen eine derartige Conferenz. „Die Londoner Conferenz von 1852“, fährt die Depesche wörtlich fort, „hat nur ein ohnmächtiges Nachwerk zu Stande gebracht; ihre Beschlüsse werden heute von der Mehrzahl der deutschen Staaten zweiten Ranges bestritten, sogar von einigen, welche selbst zugestimmt hätten. Wenn man heute wieder zusammenträte, würde es wesentlich sein, sich auf Bedingungen zu stellen, welche geeignet, Hoffnung auf ein befriedigenderes Resultat zu geben. An erster Stelle würde es wichtig sein, die Conferenz nicht dadurch mit dem Bundestage in Conflict zu setzen, das man etwa die Bevollmächtigten einlade, über Fragen zu berathschlagen, welche schon thatsächlich entschieden seien dürften. Die kaiserliche Regierung hat sich bereits an die Mächte gewandt, um zu erfahren, ob sie geneigt, den aktuellen status quo in Holstein und Schleswig selbst verstanden mit Vorbehalt der schwedischen Fragen, zum Ausgangspunkt zu nehmen.“ Drouyn de Lhuys hält die Theilnahme Deutschlands an den Verhandlungen für sehr nützlich, bedauert, daß die Vereinbarungen von 1852 zur Herstellung einer neuen Erbfolge-Ordnung in Dänemark ohne den Bund vorgenommen seien, bezweifelt, daß der Bund auf dieselben eingehen werde, drückt die Ansicht aus, ein solcher nachträglicher Beitritt sei eher in einem allgemeinen oder engeren Congresse zu erreichen gewesen, und schließt: „Da aber der Bundestag bei mehreren früheren Gelegenheiten alle Zumuthungen abgelehnt hat, welche dahin zielten, daß die Unterzeichner des Londoner Tractates die Differenzen des Bundes mit Dänemark in die Hand nehmen sollten, so muß der Kaiser, ehe er seinerseits den Vorschlag des englischen Cabinets annimmt, sich zuvor darüber klar sein, ob die Anschauungsweise der deutschen Staaten in dieser Hinsicht sich geändert hat.“ Die Depesche schließt mit dem Ersuchen an die ... Regierung, ihre Ansicht über den englischen Vorschlag mitzutheilen.

Hamburg, d. 11. Januar, Abends. (Tel.) Nach hier eingegangenen Berichten aus Süd-Schleswig wäre das Eis an den meisten Stellen der Schlei so dünn, daß der Uebergang größerer Truppenmassen unmöglich erschiene. — Die „Klensburger Zeitung“ vom heutigen Tage sagt: Wie es heißt, hätte hier die Augustenburger günstige Partei eine Huldbigungsadresse zu Stande gebracht und dieselbe nach Kiel gefandt. — Den „Hamburger Nachrichten“ wird mitgeteilt, daß das bisher von Unteroffizier Familien bewohnte Schloß Gottorp auf höheren Befehl binnen 24 Stunden hat geräumt werden müssen, weil die schleswigsche Regierung dahin verlegt werden soll. Es hieß, daß eventuell auch der König von Dänemark nebst Gemahlin ihre Residenz in dem Schlosse nehmen würden.

Itzehoe, d. 12. Januar. (Tel.) Der „Itzehoeer Stg.“ wird aus Schleswig vom 10. geschrieben, daß der Amtmann Johannsen aus Husum, von dem Könige abermals aufgefordert, das Ministerium für Schleswig zu übernehmen, nach Kopenhagen abgereist sei und wahrscheinlich annehmen werde. Nach der „Westfälisch-Blende“ hat die dänische Regierung alle in der Eidermündung liegenden Fahrzeuge gemietet, um daraus bei Friedrichstadt eine Brücke über die Treene zu schlagen. Das Treeneval sei unter Wasser gesetzt. Bei Schwabstedt würden Militärmagazine angelegt.

Hannover, d. 12. Januar. (Tel.) Der Minister des Innern von Hammerstein eröffnete heute der Deputation, welche ihm die Adresse der Landesversammlung vom 10. d. überreichte, es sei bekannt, wie sehr sich der König für die Sache der Herzogthümer interessire. Der König wolle nicht der Entscheidung des Bundestags durch irgend welche Erklärungen vorgreifen. Der Minister verweigerte weitere Erklärungen über die Absichten des Königs sowie der Regierung, indem er bemerkte, es sei keine Veranlassung, die Antwort des Königs ungünstig aufzufassen.

London, d. 11. Jan. (Tel.) Das Haus Hambro u. Co. werden hier eine dänische fünfprozentige Anleihe im Betrage von 1,200,000 Pfd. St. zu dem Emissionspreise von 93 auflegen.

Die „N. Ztg.“ veröffentlicht den Wortlaut der englischen Note an den Bund vom 31. Decbr. 1862. Lord John Russell beginnt mit folgenden dreiften Sätzen: „Die Ereignisse, welche eingetreten sind seit dem Tode des vorigen Königs von Dänemark, haben die Regierung Ihrer Majestät mit erster Besorgniß erfüllt. Zuerst hatten die Dinge einen günstigen Ansehen. Der Nachfolger Friedrichs VII. wurde allgemein (?) anerkannt, ebensowohl in Holstein, Lauenburg und Schleswig als in dem Königreich Dänemark. Einige (?) der Richter und Professoren verweigerten allerdings den Huldbigungs Eid, aber Ruhe und Gehorsam behielten im allgemeinen die Oberhand. Dieser innern Zustimmung (?) folgte die Anerkennung von Seiten Frankreichs, Großbritannien, Russlands und Schwedens.“

Die Reste zweier Mitglieder des schleswig-holsteinischen Central-ausschusses (Brater und Koll) nach Kiel fand in Folge einer Einladung der Regierung des Herzogs Friedrich statt, um in den Einzelbeziehungen wie im Allgemeinen eine vollkommen übereinstimmende Wirksamkeit in Verwendung der Mittel für die Sache Schleswig-Holsteins herbeizuführen. Diese Verständigung wurde vollständig erreicht. Danach ergiebt sich denn auch die unbedingte Grundlosigkeit jener Verfassungen ängstlicher Gemüther, welche in der Bildung des Sechshundertiger-Ausschusses, wenn nicht ein Seitenstück zum französischen Nationalconvente, doch allermindestens eine revolutionäre Gegenregierung wider die Autorität des „legitimen“ Herzogs Friedrich erblickten.

Auf die Bitte, welche der Herausgeber der „Zeit“, des in Hamburg erscheinenden Organs der nationalen Partei in den Herzogthümern, an die Bundescommissare richtete, das Verbot dieses Blattes für Holstein und Lauenburg zurückzunehmen, hat derselbe folgende abschlägige Antwort erhalten:

„Auf Ihre Eingabe vom 5. d. Mts. haben Wir Ihnen zu erwidern, daß Wir uns im Hinblick auf die ganze Haltung des in Ihrem Verlage erscheinenden Blattes „Die Zeit“, in welchem — wie dies namentlich in der Nummer vom 2. d. Mts. geschieht — offen zum Ungehorsam gegen Unsere Anordnungen, wie zur Verletzung der wichtigsten holsteinischen Beamten aufgefordert wird, nicht veranlaßt finden können, daß gegen die Verbreitung der fraglichen Schrift einmal bestehende Verbot jetzt wieder aufzuheben. Altona, den 7. Januar 1864. Die Bundescommissare für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg. v. Kärneritz. Rieper.“

Die „Zeit“ hatte die Entlassung der Beamten, welche dem König Christian den Eid geleistet, und die möglichst rasche Uebernahme der Regierungsgewalt durch den Herzog Friedrich verlangt.

Aus Krensburg vom 8. Januar bringt die „N. Hannoversche Zeitung“ folgende ohne Zweifel halböffentliche Mittheilung: „Es dürfte von Interesse sein, zu erfahren, wie es sich eigentlich mit der in letzterer Zeit in verschiedenen Blättern vielfach besprochenen Räumung des Krensburger Kronwerks verhält, und ich theile Ihnen daher aus authentischer Quelle mit, daß hier von einer Räumung des Kronwerks dänischer Seite überall nicht die Rede ist, und zwar einfach aus dem Grunde, da eine solche von Seiten der Exekutionstruppen bisher gar nicht verlangt ist. Es ist nämlich die Grenze freitragend und kommandirende General der Bundes-Exekutionstruppen nicht beauftragt, in dieser Beziehung eine Entscheidung zu treffen. Vorläufig ist

ein Stillstand eingetreten, da die Aufgabe der Exekutionstruppen, „Holfstein zu besetzen“, erreicht ist, und wird von Bekrerten nun das Weitere erwartet. Der kommandierende General v. Hake befindet sich mit seinem Stabe seit dem 5. d. Mts. in Altona.“

Heide, d. 9. Januar. In einer am 6. d. M. in Brunsbüttel abgehaltenen Versammlung patriotischer Männer wurde beschlossen: 1) eine Massendeputation von Abgeordneten aus allen Kommunen Dithmarschens zur Huldbigung an den Herzog Friedrich nach Kiel abzuschicken. Diefelbe soll am 12. d. M. in Kiel eintreffen. 2) In allen Orten Dithmarschens Comités zu bilden, welche zur Beteiligung an der Schleswig-holsteinischen Anleihe auffordern und eine allgemeine Beteiligung an derselben herbeiführen sollen. 3) In den Kirchspielen für die Ausbreitung des neu begründeten schleswig-holsteinischen Vereins und für die Unterzeichnung der vorläufigen Statuten desselben zu wirken. 4) Möglichst die Verbreitung der „Zeit“ zu befördern. Diese Resolutionen sind in beiden Landchaften verbreitet worden und haben da, wo sie bereits bekannt geworden, allgemeinen Anklang gefunden. (Technische Beschlüsse sind an vielen andern Orten gefaßt.) — Gestern haben uns die letzten sächsischen Truppen verlassen und rückten an ihrer Stelle hannoversche Dragoner, eine Schwadron, hier ein; von diesen kantonnirt abwechselnd ein Zug in Kunden, um Patrouillen an die Eider zu entsenden.

Aus Schleswig-Holstein, d. 11. Jan. Gegenüber den Bemerkungen dänischer und gewisser preussischer Zeitungen, die gewaltig anwachsende Bewegung in Holstein als ein Werk unruhiger Advokaten, welchem die Landbevölkerung durchaus abhold sei, darzustellen, dürfte die Thatsache schwer ins Gewicht fallen, daß nicht nur alle holsteinischen Städte, sondern auch der größte Theil der Landdistrikte Huldbigungsdeputationen an den Herzog abgeschickt hat. — Die größte Anerkennung verdient es, daß auch viele Bewohner des Herzogthums Schleswig, unbekümmert um die dänische Polizeiwirtschaft, dem Herzog in Person ihre Huldbigung überbracht haben. — Von der persönlichen Liebeshuldigung und der festen Entschlossenheit, welche sich in dem ganzen Wesen des Herzogs ausdrückt, sind alle Diejenigen voll, welche ihm nahe zu kommen Gelegenheit hatten. Seine Lebensweise ist einfach. Bis spät in die Nacht hinein arbeitet er mit seinen Räten.

Kiel, d. 10. Jan. Herzog Friedrich empfing gestern Deputationen der Lehrer-Konferenz der Grafschaft Ranzau (Vorsitzer Lehrer Müller in Eckholt), der Kommunen der klösterlichen Preeker Profzei (Hufner Plagemann, C. Stoltenberg, H. Stoltenberg und F. Klindt) und des Amtes Rendsburg (Matthiesen, Kühl, Voss). — Der Bauer Vogt Wohlers in Wesserabe, Amt Traventhal, war im Jahre 1856, in Anlaß der bei einer Feuersbrunst von ihm bewiesenen Thätigkeit und Umsicht, von Friedrich VII. zum Dannebrogsmanne ernannt worden. Durch seinen Anwalt hat nun derselbe den ihm verliehenen Orden nebst betreffenden Urkunden an das königliche Ordenskapitel in Kopenhagen mit dem Bemerken zurückgeschickt, daß er, da die Union der Herzogthümer mit Dänemark durch die Vorsehung aufgehoben worden sei, das an diese unheilvolle Verbindung erinnernde Ehrenzeichen nicht länger besitzen dürfe, daß er selbstverständlich auch von dem als Dannebrogsmanne geleisteten Eide sich entbunden erachte und die Kassation des von ihm unterschriebenen Eidesformulars dem Ordenskapitel anheimstelle. — Da die Dänen alle Kassen vollständig ausgeleert und mitgenommen haben, so beginnen Stockungen in der Auszahlung der Gehalte einzutreten. So haben z. B. alle Gymnasiallehrer, soweit sie vom Staate besoldet werden, und sämtliche Universitätslehrer am 31. Decbr. keinen Gehalt bekommen, obwohl sie denselben vierteljährlich postnumerando empfangen. Es steht zu hoffen, daß die Bundescommissare hier schnell Hülfe schaffen.

Kiel, d. 11. Januar. Erbprinz Friedrich bewohnte heute zum letzten Male das Bahnhofshotel, da er das von ihm gemietete Haus verläßt. Mit ihm theilten zwei Diplomaten gestern das Dach, welche er kaum Freunde seiner Sache nennen wird: nämlich die außerordentlichen Abgesandten Englands und Russlands, Lord Wodehouse und Geh. Rath v. Ewers, stiegen auf ihrer Rückreise von Kopenhagen hier selbst im Bahnhofshotel ab. Man erzählt hier (ob mit Recht, weiß ich nicht zu sagen), daß die dänische Regierung das Holsteinische Papiergeld, welches durch den Betrag der von den Hausbesitzern erhobenen Betselsteuer amortisirt worden ist, noch circuliren lasse, ja noch vermehre. Ebenso behauptet man, daß man Dänischerseits das Briefgeheimniß nicht respektire; Dänische Blätter weisen diesen Verdacht entschieden zurück.

Prees, d. 9. Januar. Der „Hamb. Corr.“ enthält folgende Mittheilung: Es ist berichtet worden, daß der Herzog Karl von Glücksburg seinem Bruder, König Christian IX. den Huldbigungseid als König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein geleistet hat und mit Recht hervorgehoben worden, daß das Verhalten des Herzogs im Verhältnis zu dessen früheren Äußerungen befremden müsse. Wir sind in der Lage, zur Aufklärung in dieser Sache und über den weiteren Verlauf einige weitere zuverlässige Mittheilungen zu machen. Bei einem längeren Aufenthalt des Herzogs in Kopenhagen auf Anlaß der Besetzung des Königs Friedrich VII. ist derselbe von dem damaligen Minister für Schleswig wiederholt zur Leistung des Eides aufgefordert und zuletzt durch das Versprechen, jede weiteren Maßregeln gegen die übrigen schleswigischen Gutsbesitzer sistiren zu wollen, wenn nur der Herzog den Eid geleistet habe, zur Nachgiebigkeit bewogen worden. Als aber diese Zulagen von dänischer Seite sofort und vollständig gebrochen wurden, hat auch der Herzog nach Kopenhagen hin erklärt, daß er sich durch den von ihm geleisteten Eid nicht weiter gebunden halte, und auf sein Verlangen ist ihm der ausgefallene Revers zurückgegeben worden. Demnach liegt von dem Chef

des Fürstenhauses, dem er selbst abstammt, und dem ältesten Bruder Königs Christian IX. kein Akt der Huldbigung in Betreff der Nachfolge für Schleswig-Holstein vor.

Aus Neumünster vom 6. Jan. Heißt es in einem nach Frankfurt a. M. gerichteten Privatbriefe: „Der Herzog ist guten Muthes und wir sind es mit ihm; noch hoffen wir auf Hülfe von Seiten der Regierungen, wenn aber nicht, so sind wir selbst da mit unserm Herzog an der Spitze. Feßt, oder Untergang für immer, das ist die allgemeine Loosung.“

Weimar, d. 9. Jan. Wie der „Weim. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, ist der Zeitpunkt noch nicht bestimmt, an welchem der oft erwähnte Transport österreichischer Truppen auf der Berra- und Thüringer Eisenbahn über Eisenach nach Kassel stattfinden wird. Die erforderlichen Vorbereitungen zu dem Transport und der Verpflegung der Truppen, deren Zahl wohl 10,000 Mann nicht übersteigen dürfte, sind indes schon jetzt, wie wir hören, in befriedigender Weise durch Vereinbarung zwischen dem Direktor des III. Verwaltungsbezirks und österreichischen Offizieren getroffen worden.

Dresden, d. 10. Januar. In militärischen Kreisen vernimmt man, daß noch fünf Bataillone Infanterie zum alsbaldigen Ausmarsch nach Holstein mobil gemacht werden.

Frankreich.

Paris, d. 10. Januar. Man blickt hier mit einer gewissen Schadenfreude auf England, welches in Deutschland Korb auf Korb erhält, und man findet, daß das britische Kabinet in seiner eigenen Münze bezahlt wird. Aber auch abgesehen von dieser, möglicherweise vorübergehenden Gereiztheit gegen England, beginnt man hier die dänisch-deutsche Frage vom allgemeinen europäischen, wie vom speziell französischen Standpunkte aus zu prüfen und kommt dabei zu dem Schlusse, daß die Integrität Dänemarks durch etwas Besseres ersetzt werden könnte. Frankreichs Interesse erheischt, daß weder Rußland noch England in der Nord- und Dänische herrschen. Deutschland und Schweden sind geeignete Dämme gegen diese beiden Seemächte. Mit einem Worte, man ist hier geneigt, den Danismus durch den Esandnavismus zu ersetzen, falls Deutschland die Dinge danach angeht und erliegt. Dabei ist es Frankreich gleichgültig, ob der Herzog von Augustenburg die Herzogthümer bekommt, oder ob dieselben durch Personalunion mit der dänischen Krone vereint bleiben. Frankreich wird das eine wie das andere weder befördern noch hindern. Was Oesterreich betrifft, so hält es dasselbe nicht mit den Traditionen seiner Politik für vereinbar, vom Londoner Traktat zurückzutreten; käme es aber wegen der Verfassung vom 18. November zum Krieg mit Dänemark, so wären dann doch von selbst alle Verträge in Frage gestellt.

Italien.

Turin, d. 8. Januar. Die Nachricht von einem in Paris gegen das Leben Napoleons beabsichtigten Attentate, dessen Urheber Italiener, hat hier die größte Bestürzung erregt. Es sind auch schon Agenten der pariser Polizei hier eingetroffen, zugleich aber auch vom französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Forderung, eine gewisse Anzahl namhafter Individuen ohne Weiteres auszuweisen. Die Sache ist um so unangenehmer, als zwei der in Paris Verhafteten Garibaldianer sein sollen, deren einer sogar die Marsala-Medaillen trägt. Der „Stampa“, der „Opinione“ und anderen italienischen Blättern zufolge giebt sich in Italien eine allgemeine Entrüstung kund. Die erwähnten Journale erklären, ein Attentat auf das Leben Napoleons könne nur von den Feinden der Unabhängigkeit Italiens oder von jener unverbesserlichen Secte ausgehen, die der vaterländischen Sache schon so viel geschadet habe.

Telegraphische Depeschen.

Brüssel, d. 12. Januar. In Brügge sind die Regierungskandidaten gegen drei mit großen Majoritäten gewählte Klerikale unterlegen. Es herrscht eine beträchtliche Aufregung in der Stadt; Rücktritt des Ministeriums oder Auflösung der Kammer gilt für unvermeidlich.

Turin, d. 11. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte Petrucci an, er werde bei Gelegenheit der Debatte über das Budget des Auswärtigen das Ministerium über seine auswärtige Politik interpelliren. Die Debatte über das Briganten-Gesetz ward sodann wieder aufgenommen. Der Minister des Innern äußerte, indem er sich über die den verschiedenen Parteien angehörigen verdächtigen Personen aussprach, sein Bedauern über das Pariser Attentat. Das Haus nahm seine Worte mit Beifall auf. — General Govone, welcher während der Anwendung der Ausnahme-Gesetze den Befehl über die Truppen auf Sicilien führte und sich wegen seiner Beförderung zum General-Lieutenant einer Neuwahl unterwerfen mußte, ist vom Wahlbezirk der Abruzzen beinahe einstimmig zum Abgeordneten im Turiner Parlament wiedergewählt worden. Die an Bord des Unis verhafteten Briganten sind nach Neapel gebracht worden, um vor die Assisen der Terra di Lavoro gestellt zu werden.

Madrid, d. 11. Januar. Der Minister des Innern hat einen das Wahlgesetz betreffenden Gesetzentwurf vorgelesen. Man glaubt an den nahen Ausbruch einer Ministerkrise.

London, d. 12. Jan. Nach offiziellen Berichten aus Bombay vom 29. v. M. haben die Engländer Mukla genommen und zerstört; der Krieg mit den Gebirgsstämmen an der afghanischen Grenze ist damit beendet. Peshawar und die übrigen Grenzbezirke sind ruhig.

London, d. 12. Jan. Getreide ruhig; Hafer 1/2 Sch. billiger.

Wasserstand der Saale bei Halle
am 12. Januar Abends am Unterpegel 6 Fuß 6 Zoll,
am 13. Januar Morgens am Unterpegel 6 Fuß 6 Zoll.
Eisstand.

Wasserstand der Saale bei Weissenfels
am Unterpegel:
am 11. Januar Abends 3 Fuß 3 Zoll,
am 12. Januar Morgens 3 Fuß — Zoll.
Eisstand.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg
am 12. Januar Vormitt. am neuen Pegel 5 Fuß 10 Zoll.
Eisstand.

Wasserstand der Elbe bei Dresden
den 12. Januar Mittags: 1 Elle 14 Zoll unter 0.

Bekanntmachungen.

Muß ich in diesem Jahre die Bitte wiederholen, während der starken Winterkälte den kleinen Kurrendanern den Frühgesang auf den Straßen zu erlassen? Ich wage zu hoffen, daß die Gemeindevorstände bei ihrem schätzbaren Bestreben, die Hausväter zu bessern, der christlichen Tugend der Barmherzigkeit eingedenk sein werden.

Halle, den 13. Januar 1864.

E. Krahrmer, Kreisphysikus.

Bekanntmachung.

Die hiesige Rathskeller-Wirtschaft mit allen dazu gehörigen Gerechtigkeiten, insbesondere der Schank-, Barküchen, wie auch Gast- und Ausstankgerechtigkeit, soll auf 6 Jahre, und zwar vom 1. April 1864 ab, an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern, verpachtet werden.

Wir haben als Verpachtungstermin

Donnerstag den 4. Februar 1864
anberaumt und laden Pachtlustige ein, an diesem Tage Vormittags 10 Uhr an hiesiger Gemeindevorstandsstelle zu erscheinen, sich über ihre Vermögens-Verhältnisse zu legitimiren, sodann ihre Gebote zu thun und weiterer Verfügung gewärtig zu sein.

Die Pachtbedingungen können von jetzt ab im Expeditionszimmer der unterzeichneten Behörde eingesehen, auch Abschriften davon gegen Erlegung der Copialien abgegeben werden.

Büchel, den 11. Januar 1864.

Der Gemeinde-Vorstand.

Dreyhorn.

Verkaufsanzeige.

Ein 1/2 Stunde von Erfurt an der nach Stadtilm und Kranichfeld führenden Chaussee, in angenehmer, freundlicher Gegend gelegenes, aus Haus, Hof, Scheuer, Stallungen, Gemüse-, Gras- und Obstgarten bestehendes, etwa 103 Acker Ackerland guter Qualität und gegen 7 Acker besser Grummetwiesen haltendes, mit Schaastrich zur Fettweide und dem Rechte zum unentgeltlichen Bezug des jährlichen Brennholz, vorgängig einer ein für allemal zu entrichtenden kleinen baaren Einzahlung in die Gemeindefasse, versehenes Gut, soll für den Preis von 16,000 Rthl., wovon 8,000 Rthl. baar einzuzahlen sind und 8,000 Rthl. hypothetisch stehen bleiben können, verkauft werden. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen der Rechtsanwalt **A. Wilke** in Arnstadt.

Geschäfts-Eröffnung!

Einem hiesigen und auswärtigen geehrten Publikum erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich das früher von den Herren **C. Ahle-**
mann & Comp. geführte Tabak- und Cigarren-Geschäft am heutigen Tage übernommen habe und unter der Firma **B. Schweinicke** eröffnere. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, das mich beehrende rauchende Publikum stets durch reelle gute Waare zu bedienen, diesershalb bitte ich, mein Unternehmen geneigtest zu unterstützen.

Eisleben, den 13. Januar 1864.

B. Schweinicke,
Plan Nr. 488.

Ein Haus mit Garten, welches 300 Rthl. trägt, ist mit 1500 Rthl. Anzahlung billig zu verkaufen. Zu erfragen bei **F. Wüchel**, Schloßberg 2.

Ball- und Maskenball-Arrangements

nach dem neuesten Genre werden schnell und elegant ausgeführt in
A. W. Lehmanns Puz- und Mode-Magazin,
große Ulrichsstraße 50, 1ste Etage.

Zum Einkauf von **Geburtstag- u. Hochzeitsgeschenken** empfiehlt sich der **Präsentladen**, gr. Ulrichsstr. 42.

Der Besitzer einer **Bierbrauerei** nebst andern Fabrik-Geschäft in der Nähe von Berlin wünschend zu seiner Unterstützung einen umsichtigen thätigen Mann dauernd anzustellen. Der Eintretende kann verheirathet sein (da gutes Gehalt und freie Wohnung bewilligt werden), braucht Fachkenntnis nicht zu besitzen, muss aber zu schriftlichen Arbeiten, auch zu einfacher Kassen- und Rechnungsführung befähigt sein.
A. Goetsch & Co. in Berlin, Neue Grünstrasse 43.

Tanzunterricht.

Mein zweiter Coursus beginnt Anfangs Januar. Gefällige Anmeldungen nehme zu jeder Zeit freundlichst entgegen. **C. Landmann**, Tanzlehrer im Englischen Hof.

Tanzunterricht.

Der 2te Coursus beginnt den 18. d. M. und werden bis zu dieser Zeit gefällige Anmeldungen angenommen.

A. Wipplinger, gr. Märkerstr. 23, parterre links.

Freybergs Salon.

Donnerstag d. 14. Jan. Abendconcert.
Zur Aufführ. kommt mit:

Duvert. zu „Die Heimkehr aus der Fremde“ von Mendelssohn.

Duvert. z. Drama „Mozart“ v. Souppée.

„Der Obergucker“, großes Potpourri v. Diethe u.

Anfang 7 Uhr. **F. Fiedler.**

Trotha.

Zur Schlittschuhfabrik täglich frische Pfannkuchen, wozu ergebenst einladet

Ed. Knoblauch.

Löberitz.

Sonnabend den 16. Januar
im Lokale des Unterzeichneten

Grosses Militair-Concert,

ausgeführt vom Musikchor
des 36. Regiments aus Halle.

Zur Aufführung wird unter Andern mit gebracht:
Patriotische Liederklänge, großes Potpourri von Menzel.

Fantasia für Clarinette, vorgetr. von Herrn Krüling.

Recitativ u. Arie für Posaune, vorgetr. von Hrn. Elias.

etc. etc.

Anfang 6 Uhr.
Nach dem Concert Ball.

Für gute Speisen und Getränke, sowie Heizung des Concertlokals ist bestens Sorge getragen.

Ein geehrtes Publikum in und außer Löberitz ladet hierzu ergebenst ein

F. Ohme.

Frisch geräucherter Speck verkauft billig Voigt in Tanne: pöls bei Jörbig.

Ich suche für mein Droguen-Geschäft einen Lehrling.

Berlin. **Eduard Voigt**, Prinzenstraße 77/78.

Lehrlings-Gesuch

für ein stotres Material- und kurzes Waaren-Geschäft durch **A. Neumann** in Aisleben a/S.

Ein noch fast neuer, stark gebauter, gut angelegter Leiterwagen, zweispännig, auch einpännig zu fahren, steht sofort zum Verkauf bei

Gebr. Salzmann in Bülberg.

Schmiede- u. Anschweißisen

bei **W. Trotha**, genannt Brauer, kleine Brauhausgasse Nr. 12.

Gebauer-Schweifsche Buchdruckerei in Halle.

Haus-Verkauf.

Mein am Königsplatz belegen Hausgrundstück mit Garten bin ich willens zu verkaufen.

G. Rudel, Maurermeister.

Von einem armen Handelsmanne ist vom Leipziger Thor bis zum Kaufmann **Krammisch** ein Pächchen mit 120 R Papiergeld verloren worden. Dem ehrlichen Finder sichert eine angemessene Belohnung gr. Berlin 11.

Ein brauner Affenpinscher ist mir zugelaufen. Segen Infectionsgebühren und Futterkosten in Empfang zu nehmen in

„Stadt Hamburg“.

Freireligiöser Vortrag

von **Czerky** in Cönnern Donnerstags Abends 8 Uhr im Schützenhause.

Desgleichen in **Notzenburg** Freitag Abends 8 Uhr im Zechenhaus.

Familien-Nachrichten.

Entbindungs-Anzeige.

Lieben Freunden und Verwandten hierdurch die ergebenste Anzeige, daß wir heute Abend 10 Uhr durch die Geburt eines munteren Töchters erfreut wurden.

Merseburg, den 10. Januar 1864.

G. Schönberger und Frau.

Todes-Anzeige.

Heute Abend 8 Uhr entschlief sanft nach langen Leiden meine gute Schwester, verwitw. Lieutenant **Tollkühn** geb. **Klunger**. Dies zeigt nur auf diesem Wege Verwandten und Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme an **K. Dahlström** geb. **Klunger**.

Halle, d. 12. Januar 1864.

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet starb gestern Mittag 4 Uhr meine gute mit unergesslicher Frau an einem Schlagfluß. Dies meinen Freunden und Verwandten mit der Bitte um stilles Beileid zur Nachricht.

Halle, den 13. Januar 1864.

Friedrich Knöchel, Geschirrhändler.

Todes-Anzeige.

Theilnehmenden Freunden und Bekannten zeige ich hierdurch tiefbetrübt an, daß gestern Nacht 10 1/2 Uhr meine liebe Frau **Friederike** geb. **Walter** nach längeren Leiden entschlafen ist. Um stilles Beileid bittet

Fr. Neuschel.

Eisleben, den 12. Januar 1864.

Dank!

Wir können nicht unterlassen, unser herzlichsten Dank auszusprechen für die vielen Beweise von Theilnahme und Liebe, welche uns bei der Beerdigung unseres lieben **Julius Deparade** am 11. d. Mts. zu Theil geworden, insbesondere Allen, welche dessen Sarg so schön durch Kränze geschmückt, sowie der hiesigen verehrten Beerdigung für ihre erhabenden Gefänge, und auch dem hiesigen Herrn Oberprediger und dem Herrn Diakon für die trostreichen Worte, so uns am Grabe von ihnen zugerufen worden. Möge Gott Jedem vor gleichem Schicksalsschlägen bewahren.

Eöbejün, den 12. Januar 1864.

Die Hinterbliebenen.

Deutschland.

Berlin, d. 12. Januar. In der heutigen Sitzung trat das Abgeordnetenhaus in die Specialdiskussion des Militäretats. Die Einnahme wird bis zur Erledigung der Ausgaben zurückgestellt. Zu dem ersten Antrage, der die Absetzung von Reorganisationskosten betrifft, ergriff der Abg. v. Weier das Wort, um nochmals im Allgemeinen gegen dieselbe zu plaidiren; er wird jedoch von dem Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß seine Auseinandersetzung in die Generaldiskussion zurückgreife. Für die Bewilligung der ersten auf Rechnung der Reorganisation abgelegten Summe erheben sich nur die Conservativen und Liberalen und aus der clerikalen Fraction etwa 2 Stimmen. Gegen den Antrag der Kommission, die Regierung aufzufordern, sämtliche Staatsbeamte, welche im Kriegsministerium angestellt sind, nach Art. 108 der Verfassung auf die Verfassung vereidigen zu lassen, protestirt der Kriegsminister, weil die Vereidigung von Officieren verfassungswidrig sei. v. Winkler-Dibendorf weist darauf hin, daß der Kriegsminister selbst, obgleich Officier, als Beamter auf die Verfassung vereidet sei. Abg. Birchow: Habe die Regierung ein Bedenken gegen den Vorschlag, so müsse sie die Sache im Wege regelmäßiger Gesetzgebung ordnen. Abg. Stravenhagen: Nach Art. 60 hätten Personen, welche nicht auf die Verfassung vereidigt sind, nicht das Recht, als Kommissare des Kriegsministers im Hause zu erscheinen und auf Verlangen gehört zu werden. Abg. Hahn (Rathor): Die Officiere würden nicht schon Staatsbeamte dadurch, daß sie in das Kriegsministerium zur Hülfleistung kommandirt werden. Abg. Birchow: Es handle sich nicht um zur Hülfleistung kommandirte, sondern um etatsmäßige Beamte. Die Verfassung verbiete nicht die Vereidigung der Mitglieder des Heeres, die in Stellungen eintreten, welche die Vereidigung auf die Verfassung erfordern, wie die Ministerialverfügung vom 30. März 1850, der sich andere ähnliche anschließen, bestätige. Die gegenwärtige Ansicht beweiße den Verfall des Verfassungsliebens. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch Graf Wartensleben, Stavenhagen, Graf Sierstorff, Mehlig, v. Mitschke-Collande, Immermann ic. Der Ministerialkommissar erklärte, daß er allerdings Rath im Ministerium sei, aber nur provisorisch, da er, wie sein Kollege, die Hoffnung habe, in die Armee zurückzutreten. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen, von den Conservativen stimmen noch v. d. Heydt und einzelne Andere für denselben. Weiterhin wird ohne erhebliche Discussion den Anträgen der Kommission gemäß beschloffen. Zu dem Titel „Gehälter und Löhnung der Truppen“ hat die Kommission beantragt, es für dringend erforderlich zu erklären, die bei einer mäßigen Friedensstärke finanziell zulässige Erhöhung des Soldes der Gemeinen und Unterofficiere halbigst herbeizuführen und dabei die bevorzugten Truppen des Gardecorps den Linientruppen gleichzustellen. Dem gegenüber hat der Abg. Hahn und Genossen (die conservative Partei) einen Antrag gestellt, dahin gehend, „der Staatsregierung anheim zu geben, eine den Verhältnissen entsprechende Erhöhung des Soldes der Unterofficiere und Gemeinen in den Etat für 1865 aufzunehmen.“ Der Abg. Hahn begründet diesen Antrag. Es müsse zugegeben werden, daß derselbe nur Bedeutung habe, wenn die Regierung ihm zustimme, und diese Zustimmung fehle noch. Abg. v. Blanckenburg bringt die Solberghöhe mit der Grundsteuer in Verbindung, auf die das Heer gewissermaßen ein Recht habe. Abg. Birchow: Es sei wünschenswerth, daß der Kriegsminister sich über den Antrag ausspreche. Der Antrag der Conservativen sei im Allgemeinen erfreulich; doch scheine er weniger für die Sache als gegen die linke Seite des Hauses gerichtet. Kriegsminister: Der Antrag der Kommission entspreche den Intentionen der Regierung weniger, als der Antrag des Abg. Hahn. Die Regierung wünsche nichts mehr, als schon im Etat pro 1865 eine Solberghöhe eintreten zu lassen. Die unbedingte Formulirung des Hahn'schen Antrags konvenire der Regierung mehr, als die verkaufte der Kommission. Die finanzielle Zulässigkeit sei eine beiden gemeinsame Klausel, deshalb könne auch die Regierung für 1865 nichts versprechen. Die höheren Löhnungssätze des Gardecorps seien historisch begründet. Die Regierung wünsche, daß man in solchen, leicht tendenziös auszudeutenden Fragen, ihr die Initiative lasse. Abg. Löwe (Bochum): Der Antrag der Kommission sei ein prinzipieller, indem er der großen Friedensstärke, wie die Regierung sie wolle, die gute Löhnung und Befriedigung der Truppen gegenüberstelle. Man könne nicht eher die Zahl der Armee vermehren, bis man die vorhandene regelmäßig und gut ernähren und bekleden könne, so daß Aufruhe, wie der neuliche des Kriegsministers nicht nöthig seien. Diese Prinzipienfrage suche der Gegenantrag zu umgehen. Kriegsminister: Er glaube in Herrn Löwe den Verfasser eines ihn angreifenden Artikels in der liberalen Korrespondenz zu erblicken, er habe es unter seiner Würde gehalten, darauf zu antworten, müsse es aber jetzt vor dem Lande thun. Es sei für die Truppen auch in Hinsicht auf die Winterkampagne ausgiebig gesorgt. Wenn die Vereine sich patriotisch an der Fürsorge beteiligen wollen, so wäre es stiefmütterliche Prüderie, so sagen, man brauche die Hülfen nicht. Im Gegentheil, durch Annahme der Beistueren müsse die patriotische Flamme genährt werden. Die Beistueren fließen sehr reichlich, reichlicher als manche andere. Auf einen solchen brüskten Antrag könne keine Verwaltung vorbereitet sein, die so gut zu fargen gewohnt sei, wie die preussische. Er überlasse der Parteilichkeit, die Sache auszunutzen, rechne aber auf die Stimme des Landes. Präsident Grabow: Er halte den Ausdruck „brüskten Angriff“ für unparlamentarisch. Kriegsminister: Er halte den

Präsidenten nicht für berechtigt, ihn in dieser Weise zu rektifiziren. Präsident: Er bleibe bei seiner Aeußerung. Kriegsminister: Er bei der seinigen. v. Hennig (Plonchot) will, daß der Präsident die Geschäftsordnung streng handhabe. Niemand dürfe sich dem Ausspruch des Präsidenten entziehen. Immermann tritt dem Vordredner bei. Grabow erklärt wiederholt, daß er bei seiner Behauptung stehen geblieben sei, und ertheilt das Wort dem Abg. v. d. Heydt, der das Verfahren des Präsidenten zu bemängeln sucht. Er wird von Grabow mit dem Bemerken unterbrochen, daß das Recht, den Ordnungsruf des Präsidenten derartig zu kritisiren, ihm nicht zustehe. (Bravo!) v. Hoverbeck verliest das Schreiben des Landraths aus dem Biegenrücker Kreise, der zu Sammlungen auffordert. v. Koon desavouirt das Schreiben des Landraths. Er könne nicht finden, daß Löwe's Ausstellungen patriotisch gewesen seien. Nach Schulze, der für die Commission das Wort nahm, erwiderte Löwe dem Kriegsminister, er hätte nicht geglaubt, seinen Patriotismus hier angegriffen zu sehen. Den habe er unter Opfern bewiesen, was dem Kriegsminister noch zu thun übrig bleibe. v. Koon beruft sich auf seine 44jährige Dienstzeit und will im übrigen dem Abg. Löwe nicht zu nahe getreten sein. Der Commissionsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Morgen Vormittag 10 Uhr Fortsetzung der Specialberatung.

Der Anleihe-Ausschuß wird seinen Bericht wohl erst Sonnabend feststellen. — Der Militär-Ausschuß beendete gestern die General-Debatte. Eine einfache Ablehnung der Novelle erscheint unzweifelhaft; doch ist bis jetzt noch nicht abgestimmt.

Herr v. d. Heydt hat seine Verfassungsänderungs-Anträge folgendermaßen motivirt: „Der Eintritt der Staatsbeamten in das Haus der Abgeordneten wider den Willen ihres Departementschefs ist unvereinbar mit der Handhabung einer geregelten, einheitlichen und starken Exekutive. Dem Geiste einer wahrhaft konstitutionellen Verfassung entspricht eine freie und unabhängige, keine bezahlte Landesvertretung.“ — (Es ist merkwürdig, daß Herr v. d. Heydt solche Ideen erst gefaßt hat, als er aufgehört hatte, „wahrhaft konstitutioneller“ Minister zu sein.)

In der neuesten am Sonnabend eingegangenen Erklärung des Staatsministeriums in Bezug auf das Requisitionsrecht der Untersuchungsc ommission beharrt dasselbe auf die Nichtanerkenntnis des genannten Rechtes.

Die Commission zur Vorberathung des Geschenkwurfs wegen „Ergänzung“ des Art. 99 der Verfassung hat vorgestern den Bericht des Referenten Abg. Gneist entgegengenommen und genehmigt. Ein offiziöser Korrespondent der „E. Z.“ erklärt es für un begründet, daß die Regierung wegen der Anleihe von 12 Millionen für den Fall der Ablehnung mit hiesigen Bankiers in Verbindung getreten sei, und daß eventuell der König persönlich die Garantie übernehmen werde.

Vorgestern haben die mobilen Regimenter des 3. Armee-corps, welche zu dem Reserve-corps der Holsteinischen Executionstruppen gehören, ihre bisherigen Garnisonen verlassen und sind zunächst nach der Priegnitz abmarschirt. Die Train- und Krankenwärter-Colonne des 3. Armee-corps kam vorgestern Vormittag hier durch und nahm ihren Marsch zunächst nach Spandau.

Die Prüfung der Gesuche der Reserve- und Landwehrmannschaften ersten Aufgebots um Zurückstellung im Falle einer Mobilmachung wird dieses Mal gleichzeitig mit der Musterung der Militärpflichtigen erfolgen. Für die Berücksichtigung der Zurückstellung sind, wie bekannt, ganz bestimmte Vorchriften maßgebend. Auch sollen demnächst die vorgeschriebenen Verzeichnungen der zum Kriegsdienste tauglichen Pferde vorgenommen werden.

Man hat bemerkt, daß in letzterer Zeit gerade in Stettin eine Anzahl Generale aus dem Dienste geschieden ist. Zuerst kam der commandirende General von Bussow und fast zur selben Zeit der Commandant General von Twardowski, dem kürzlich des letzteren Nachfolger, General von Sommerfeld, gefolgt ist. Hierauf reihte sich die Verabschiedung (Dispositionsstellung) des Generals Eten, und dieser Tage des Generalmajors von Lobenstein, der dabei die Ernennung zum General-Lieutenant erhalten.

Die „Kreuzzeitung“ bringt an ihrer Spitze einen langen Aufsatz: „Schleswig-Holstein. Vom Rundschauer der Kreuzzeitung.“ Hr. v. Gerlach wüthet darin förmlich gegen die schleswig-holsteinische Bewegung, die er, mit Einschluß der angeblichen Erbrechte der Augustenburger, als reinen demokratischen Schwindel betrachtet. Er vertheidigt das londoner Protocol mit glühender Begeisterung und beschwört Oesterreich und Preußen, einig in dessen Schutze zu bleiben, sonst bräche eine Revolution herein.

Die Verwaltung des Landrathsamts Dschersleben ist in Folge der Ernennung des Landraths v. Leipziger zum Polizeipräsidenten in Königsberg dem bisher im Handelsministerium beschäftigten Regierungsassessor Friedrich v. Gerlach übertragen worden.

Die „Berl. Börs.-Ztg.“ macht bei dem theilweisen Wiederabdruck ihrer consicirten Sonntagsnummer folgende Mittheilung: „Wie unsere Leser ersehen, gehören zu dieser Zeitungsnummer eine Verloofungs-Tabelle, eine Nummer der Verloofungspläne und ein alphabetisch geordnetes Inhaltsregister der vorjährigen Verloofungstabellen, alles Druckstücke, die mit der Politik nichts gemein haben und eine polizeiliche Beanstandung wohl schwerlich hervorgerufen haben können. Allein auch alle diese Druckstücke sind mit consicirt worden. Unsere Leser werden, indem wir ihnen in Folge davon alle diese Beilagen hiermit

t sich
der
ernd
ung
ehen
ich
ich
r.
Ceip-
isch
oren
an-
ufen.
en in
.
Stags
eitag
durch
bend
Sch.
u.
nach
ittr.
Dies
und
ahme
r.
Mit
Frau
unden
Bei
er.
anten
stern
rife
schla-
el.
herz-
Be-
uns
luis
emorg-
rg so
hieft
enden
Der-
trost-
en zu
glet
u.

zum zweiten Male vorlegen, die Größe der materiellen Opfer ermessen, die uns durch die polizeiliche Maßnahme auferlegt werden."

Gotha, d. 6. Jan. Die vom thüringischen Provinzial-Hülfsverein erlassene vorläufige Instruktion für diejenigen, welche sich zum Eintritt in ein zu bildendes schleswig-holsteinisches Heer melden, ist folgende:

1) Die sich Meldenden sind darauf hinzuweisen, daß sie mit ihrer Anmeldung, beziehnlich mit dem Eintritt in das schleswig-holsteinische Heer, große und ernste Pflichten übernehmen. 2) Sie verpflichten sich, für die Dauer des Krieges gegen Dänemark zur Befreiung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu dienen. 3) Sie treten ein nicht in ungebundene Freischützen oder Freikorps, sondern in reguläre Truppenkörper mit strenger Disziplin und üblichem militärischen Ansehen. Den Organisations- wie allen übrigen Bestimmungen des schleswig-holsteinischen Annehmendens, namentlich auch den Kriegsgesetzen, haben sie sich mit ihrem Eintritt zu unterwerfen. 4) Beim ersten Aufbruch des Vororts für den Provinzial-Hülfsverein thüringen haben sie sich zum Abgang an den ihnen zu bezeichnenden Bestimmungsort bereit zu halten. 5) Diejenigen, welche sich aus eigenen Mitteln ausrüsten, haben sich den allgemeinen Bestimmungen für die Ausrüstung zu unterwerfen. Es werden hierzu Muster zu den Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen vorgelegt werden. 6) Sobald je 108 Mann zum Eintritt sich gemeldet haben, wählen dieselben fünf Unteroffiziere und bringen einen zu wählenden Führer in Vorschlag. Der Vorort, nach Anhörung der betreffenden Localcomités, entscheidet über die Wahl des Führers. Ueber die militärische Charge des Führers wird erst bei der definitiven Bildung am Bestimmungsort entschieden. Dem Militärcommando wird die Ernennung und Anstellung der Offiziere, das Einrüsten der Compagnien und Bataillone in die Heerordnung vorgeordnet. 7) Noch vor dem Aufbruch erläßt jeder Angemeldete, unter welcher Abtheilung er gehört. Dabei wird darauf geachtet werden, daß die landschaftliche Verbindung so viel als möglich gewahrt wird. 8) Es wird dafür gesorgt, daß die Freiwilligen nicht gegen ihren Willen zum Dienst als Offiziersbursche und nicht zu Sanitätsstruppen commandirt werden.

Diese Instruktion, welche im Einvernehmen mit dem schleswig-holsteinischen Kriegsdepartement dahier entworfen wurde, dürfte anderer Orten bei Entwürfen als Vorbild dienen.

Wien, d. 9. Januar. Die unausgeglichen gebliebene Differenz, die in den letzten Wochen Anlaß zu Ministerwechselgerüchten gab, dürfte binnen Kurzem wieder aufhauen. Viele Anzeichen sprechen dafür und namentlich der Umstand, daß Oesterreich und Preußen sich gegen die schleswig-holsteinische Bewegung in Deutschland als eine angeblich „revolutionäre“ aussprechen, dürfte nebst verschiedenen anderen inneren Anlässen dazu führen. Der Staatsminister von Schmerling wird nicht umhin können, ernsthaft sich selbst die Frage zu stellen, ob die gemäßigten, aber denn doch liberalen und deutschfreundlichen Grundzüge, zu denen sich die Partei, der er angehört, bekennt und die wesentlich auch die Feinde sind, ihm gestatten, fernerweit auf seinem Posten zu bleiben. Sein Rücktritt in diesem Augenblicke käme einem Systemwechsel so ziemlich gleich. — Je mehr Entschlossenheit die Mittelstaaten zeigen, desto über sich hin auf sie zu sprechen. Man hat eben weder in Wien noch in Berlin ein Verständniß für den nationalen Zug, von dem ihre Politik geleitet wird und sich leiten lassen muß.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, d. 9. Januar. Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht heute an der Spitze seines nichtamtlichen Theiles das bekannte Warschauer Protokoll vom 12. Mai 1851, in welchem die Bevollmächtigten Rußlands und Dänemarks übereinkommen, daß die russische Dynastie nach dem Tode Friedrichs VII. auf ihre Erbansprüche zu Gunsten des jetzigen Königs, damaligen Prinzen Christian verzichtete. Die Veröffentlichung erfolgt ohne allen Kommentar, als müßte das Protokoll an und für sich schon berechtigt genug den Zweck derselben angeben. Man irrt wohl kaum, wenn man annimmt, daß man namentlich das letzte Alinea des Artikels 3 in die gefällige Erinnerung der Diplomatie und der streitenden Parteien zurückerufen wollte. Es heißt daselbst: „Es bleibt indes feststehend... daß, da die Verzichtleistung Sr. Majestät des Kaisers hauptsächlich zum Zweck hatte, eine Kombination zu erleichtern, welche die wichtigsten Interessen der Monarchie erheischen, das Anerbieten einer solchen Verzichtleistung aufhören würde, verbindlich zu sein, wenn die Kombination selbst zu Nichts würde (venait à manquer).“ In den gelpert gedruckten Zeilen scheint wohl die Nutzenwendung für die jetzige Veröffentlichung des Protokolls zu liegen. Ob das „Anerbieten“, welches sie enthält, an Deutschlands oder an Dänemarks Adresse oder an Beide zugleich gerichtet sein soll, ist fraglich. — Gleich auf dieses Protokoll folgt im heutigen „Journal“ ein Communiqué über die finnländischen Angelegenheiten, welches als Antwort auf einen Artikel des „Helsingfors Dagblad“ den angeblich separatistischen Bestrebungen, welche diese Zeitung vertheidigt, entgegentritt. Es wird daran erinnert, daß die in Finnland bestehenden besonderen Einrichtungen nur ein Ausfluß der freiwilligen Entschließung Alexanders I. gewesen, daß Finnland selbst im Jahre 1808 von Rußland erobert worden und daß in den internationalen Akten, welche später Rußlands Besitztümer anerkannten, keinerlei Beschränkung oder Bedingung vorkomme. Finnland sei durch das Manifest vom 17. Juni 1808 an Rußland durch eine „unauflösbliche, unverlegliche und ewige“ Union gebunden und es lasse sich daher aus der Proklamation von 1809 keinerlei autonomistische oder Unabhängigkeitsgelüste rechtfertigen. „Den Esel meint man, den Sack schlägt man“, und so möchte wohl der Artikel weniger auf ein einzelnes finnländisches Blatt, als auf den dortigen Landtag gemünzt sein, von dem es auch am Schlusse heißt, man hoffe, er werde das kaiserliche Vertrauen rechtfertigen. — Wie der „Norb“ wissen will, soll am Neujahrstage (13. Januar neuen Stils) Rußland eine nach dem Repräsentativsystem gebildete Provinzial-Verfassung erhalten. Die betreffenden Dekrete würden an dem genannten Tage erscheinen.

Bekanntmachungen.

Brauhaus-Verpachtung.

Die hiesige Stadtbrauerei, welche seit vielen Jahren schwingpast betrieben, wird durch Veränderung des zeitigen Pächters zu Michaeli d. 3. pachtlos.

Zur Weiterverpachtung auf 6 resp. 12 Jahre haben wir einen Termin:

auf **Montag d. 8. Febr.** er. Vormitt. 11 Uhr im Gasthof zum Prinz von Preußen anberaumt. Nachküßnehmer laden wir hierzu mit dem Bemerkten ein, daß die Pachtbedingungen im Termine vorgelegt, auch auf Verlangen gegen Vergütung der Copialien abschriftlich zu gefandt werden.

Bitterfeld, den 4. Jan. 1864.

Die Brauerschaft.

J. A.

Wilh. Schmidt.

Holz-Auction.

Mittwoch den 20. Januar 11 Uhr soll eine Quantität Rüstern, Nuz- und Brennholz, an meinem Garten meistbietend auf dem Stamme verkauft werden.

Domnisch, den 8. Januar 1864.

Wittwe Lange.

Holz-Auction.

Montag den 18. Januar Vormittag 10 Uhr sollen beim Gutsbesitzer **Knorre** in Briesdorf, bei Radegast gelegen, circa 200 Stück starke Eschen, Rüstern, Ebern und Pappeln, auf dem Stiele stehend, größtentheils Nuzholz, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Im Auftrage: **Ferdinand Hinsche.**

Windmühlen-Verkauf.

Dieselbe liegt dicht an der Stadt, gute Mahlplage, concessionirte Schankwirtschaft und Mehlhandel, Alles 1845 neu erbaut, soll für 2800 \mathcal{R} mit 1000 \mathcal{R} Anzahlung verkauft werden. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfrage **J. G. Sennig** in Domnisch. Derselbe kann mehrere Wind- und Wassermühlen nachweisen.

„North British & Mercantile“, Feuer- und Lebens-Vericherungs-Gesellschaft in London und Edinburg, gegründet 1809.

Durch Parlamentsacte incorporirt und durch Ministerial-Rescript im Königreich Preußen zum Geschäftsbetriebe concessionirt.

Grund-Capital	£ 2,000,000. oder \mathcal{R} 13 333,000.
Reserve-Fonds Ende 1862	„ 2,122,828. „ 14,152,000.
Jährliche Einnahme	„ 422,401. „ 2,916,000.

In der General-Versammlung für 1862 wurden, nachdem von dem Netto-Ertrage £ 39,863. 16. 7. zur Deckung der laufenden Feuererisiken und £ 192,803. 18. 8. zum Reserve-Fond abgesetzt waren, 10 pSt. Dividende unter den Actionairen vertheilt. Der augenblickliche Cours der Actien ist 200 pSt. über pari.

Die Gesellschaft schließt **Feuer-Vericherungen** jeder Art unter den loyalfsten Bedingungen zu **billigen** und **festen Prämien**. — **Landwirthschaft und Fabriken** sind besonders berücksichtig, gleichwie für **Sicherstellung der Hypotheken-Gläubiger** Sorge getragen ist. — Bei **mehrfähriger** Versicherung unter Vorausbezahlung **bedeutender Rabatte**.

Abgesehen von Solidität und Sicherheit, welche die Gesellschaft mehr denn irgend eine andere den Versicherern bietet, wird die Regulirung der Schäden mit einer ungemeinen Coulanze betrieben und es stehen die ersten merkantilschen Größen Londons an der Spitze der Verwaltung.

Dem Unterzeichneten ist eine **Haupt-Agentur** für die **Feuerbranche** übertragen worden und empfiehlt sich derselbe zur Annahme von Versicherungen aller Art.

Halle a/S., im December 1863.

Fr. Müller,

gr. Ulrichsstraße 20.

Essig-Sprit

in Gebinden, von ausgezeichneter Qualität, unter Garantie der Reinheit, empfiehlt
Halle a/S. die **Essigbrauerei Klauschor Nr. 16.**
Ed. Beeck.

Bäckerei-Verkauf.

Ein in der Haupt- und Residenzstadt Dessau gelegene, privilegirte, im **besten Schwunge** befindliche, **sehr lebhaft** Bäckerei, ist veränderungshalber sofort zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt auf **portofreie Anfrage**

der Privatsecretär **Eduard Brandt**

in Dessau, Zerbststraße 36.

Gebauer-Schwefel'sche Buchdruckerei in Halle.

Dr. Pattison's

Gichtwatte,

Heil- und Präservativmittel gegen **Gicht** und **Rheumatismen** aller Art, als gegen **Schicht's**, **Brust**-, **Halb**-, und **Bahn**schmerzen, **Kopf**-, **Hand**- und **Kniegicht**, **Seitenstechen**, **Gliederreizen**, **Rücken**- und **Lendenschmerz** u. c. c. Ganze Packete zu 8 \mathcal{S} , halbe zu 5 \mathcal{S} bei **D. Feller**, Landwirthstr. 4 u. 5.

Ein Pelz billig z. verkaufen Scharnstraße 6.

Frankreich.

Paris, d. 11. Januar. Der sogenannte Saal des Pas perdue des gesetzgebenden Körpers, die Vorhalle der Deputirtenkammer, hatte heute wieder einmal das Aussehen von vor 1852. Von Mittag ab hatten sich dort Gruppen gebildet, die auf lebhafteste diskutirten; Gerüchte aller Art circulirten, man sprach von allen möglichen Dingen, kurz, man konnte wägen, daß es noch eine Kammer und keinen gesetzgebenden Körper gebe. Vor 1 Uhr waren alle Tribünen dicht besetzt. Man bemerkte viele elegante und hochgestellte Damen. Der Prinz Napoleon befand sich unter den Senatoren (der Senat war fast vollständig vertreten). Herr Dupin, der in diesem Saale sich als Kammer-Präsident so viele Lorbeeren erwarb, so wie das Entsetzen terribles des höchsten französischen Staatskörpers, der Marquis de Boissy, waren ebenfalls anwesend. Beide fehlten fast nie, seit die Sitzungen des gesetzgebenden Körpers wieder interessant geworden sind. Der General Fleury und Casimir Perrier waren ebenfalls anwesend. Dieser ungeheure Zubrang war aber natürlich; Thiers sollte sprechen und hat auch gesprochen. Nach Eröffnung der Sitzung wurde sofort zur Discussion über die Adresse geschritten. Thiers erhielt das Wort. Eine tiefe Stille herrschte im ganzen Saale, als er sich von seinem Sitze erhob und sprach:

Ich sage Ihnen leghin, meine Herren, daß ich Sie bald um die Erlaubnis bitten werde, über die innere Politik des Landes zu sprechen, und daß ich diese Gelegenheit ergreifen werde, um Ihnen einige persönliche Erklärungen über meine Anwesenheit in diesem Saale zu geben. Ich weiß, daß die großen Versammlungen andere Dinge zu thun haben, als sich mit Persönlichkeiten zu beschäftigen; aber es ist eine Pflicht, die ich gegen meine Mitbürger zu erfüllen habe, welche mich gewiß haben, ohne ein Glaubensbekenntnis von mir zu verlangen, und gegen Sie, meine Kollegen, deren Vertrauen zu besitzen ich glücklich sein würde. (Sehr gut!) Vor 34 Jahren bin ich zum ersten Male in diesen Saal eingetreten. Selbst war ich Mitglied aller Kammern von 1831 bis 1848. Ich habe meinen Sitz in der constituirten und in der gesetzgebenden Versammlung der Republik, und da bin ich endlich auf den Bänken des gesetzgebenden Körpers des Kaiserreichs. In diesem langen Jahre habe ich die Dinge, die Männer und die Meinungen, die Zustimmungen selbst auf einander folgen sehen, und inmitten dieses Stromes, der Alles mit sich fortzuführen schien, sind die Principien allein übrig geblieben. Ich habe mich fortwährend an denselben gehalten, auf welchen die moderne Gesellschaft gebaut haben, in denen die Ordnung so sehr erschüttert war, daß man sich fragen möchte, wie sie wieder hergestellt werden könnte. Später seien die Freiheit zu verschwinden, und doch ist die Ordnung hergestellt worden, und die Freiheit steht auf dem Punkte, neu geboren zu werden. Ohne Zweifel sind Sie, meine Herren, auf den Umstand aufmerksam geworden, daß der Mensch, selbst so klein sonst auch in der Größe der Erde, nur einen Werth besitzt durch die Einsicht in diese großen Principien und durch die Treue, die er ihnen bewahrt. Was mich betrifft, so habe ich immer drei Principien als die Regel meines Auftretens betrachtet: die National-Souveränität, die Ordnung und die Freiheit. Ich habe in jener Schule gelebt, die man die von 1789 nennt und die da glaubt, daß Frankreich das Recht hat, selbst über seine Geschicke zu verfügen und sich seine Regierung zu wählen. Ich glaube, daß es von seiner Souveränität nur sehr selten Gebrauch machen soll. Besser wäre es sogar, daß es nie Gebrauch davon mache, aber wenn es sich frei ausgesprochen hat, so muß dieses als Recht gelten. (Sehr gut!) Ich weiß, daß es heute zugleich gegen das Gesetz und gegen den gesunden Menschenverstand handeln, wenn man dem klar und deutlich ausgesprochenen Willen Privat-Ansichten entgegenstellen wollte. (Neue Billigung.) Aber wenn man sich der legalen Regierung seines Landes unterworfen hat, so gibt es zwei Dinge, die man von ihr verlangen muß: Ordnung und Freiheit. Ohne Ordnung geräth die Gesellschaft in Angst; sie verirrt sich, sie arbeitet nicht oder arbeitet wenig. Der Reichthum braucht zuweilen nicht zu arbeiten, aber die Gesellschaft ist ein Arbeiter, verurtheilt, vom Morgen bis zum Abend thätig zu sein, um das Brod seiner Kinder zu gewinnen. (Sehr gut!) Wenn Ordnung und Arbeit fehlen, so werden Wünsche auf den Despotismus gelenkt. Wenn es die Freiheit ist, die fehlt, so leidet die Gesellschaft auf andere Weise, aber sie leidet deshalb nicht weniger; sie ist erbittert, sie ist gereizt, und wie sie, wenn sie die Ordnung verliert, nach dem Despotismus strebt, so strebt sie, der Freiheit herab, nach der Revolution. So sind die Principien, nach welchen ich mein Leben beständig gelebt habe, inmitten der Bewirrung der Ereignisse.

Als die Republik proklamirt wurde, habe ich mich gefügt, obgleich sie nicht die Regierung meiner Antecedenten war, und ich schloß mich den müßigen Principien an, die zum monarchischen Princip zurückgeführt; ich habe mich gefügt auf die Verwirklichung für das Princip der nationalen Souveränität, aber ich bin in der Zurückgezogenheit geblieben. Was ich in dieser Zurückgezogenheit gethan, weiß alle Welt; ich habe mit Hingebung die Geschicke meines Landes geleitet (sehr gut); ich würde ohne Bedauern den Rest meines Lebens darin verbracht haben, wenn die Decrete vom November 1861 und vom Februar 1862 nicht vromulirt worden wären. Man weiß, auf welche Weise diese Decrete die Lage der Dinge geändert haben. Sie waren hier an der Stelle, um fast ohne Verbesserung die vom Staatrathe vorbereiteten Gesetzes-Projecte zu beraten. (Nein! Nein!) Sie vollzogen das Budget per Ministerium und Sie lernten die Ergänzungs-Credite nur durch das Gesetz der Rechnungs-Abgabe kennen, d. h. zu spät, um das Ueberfließen eine ernsthafte Ueberwachung hätte Statt finden können. Der Kaiser hat diese Lage der Dinge geordnet, und das Feld der Politik wurde geöffnet. Indem er Ihnen das Recht bewilligte, eine Adresse zu beraten, hat er Sie seiner Regierung vermittelst der Minister ohne Vortheile gegenüber gestellt, und selbst einem Minister mit Vortheile, dem Staats-Minister; er hat die Öffentlichkeit Ihrer Sitzungen wieder hergestellt, er hat die Wortung des Budgets in Abtheilungen gestattet und die Zeit der Beratungen über die Verordnungs-Credite der ihrer Eröffnung in Annäherung gebracht. Diese Decrete enthalten ohne Zweifel nicht alle wünschenswerthen Freiheiten, aber sie sind das Pfand derer, welche noch zu ertingen sind, und was mich betrifft, so danke ich dem Kaiser dafür. (Zwischen der Billigung.) Vom Augenblicke an, wo diese Decrete erlassen wurden, habe ich gelauscht und gesagt, daß man von da ab die Angelegenheiten des Landes frei besprechen und zur Wiederherstellung der Freiheit mitwirken könne; die Enthaltung sei nicht mehr klug, würdig und patriotisch. Ich habe dazu gekehrt, dem Kaiser den Eid zu leisten. Nachdem ich diesen Eid gegeben, habe ich gewünscht, denselben nicht befolgen zu müssen. Nachdem ich in der Einsamkeit den Frieden mit den Parteien gefunden, empfand ich einigen Widerwillen, ich gelte es, denselben aufzugeben. Aber es ist eine schickliche Gewohnheit, Rathschläge zu geben, ohne sie selbst nicht des Erfolges anfragen kann, wenn ich hier zurücktrete: mein das man mich nicht des Erfolges anfragen kann, wenn ich hier zurücktrete: mein einziger Erfolg besteht in der That darin, dieser Versammlung den Tribut meiner Erfahrung darzubringen, über die Angelegenheiten meines Landes zu beraten, und dieses allein vom Standpunkte des Staates aus und niemals von dem der Parteien (Zuführung), und so die letzten Tage meines Lebens nicht vorüber gehen zu lassen, ohne daß sie meinem Lande nützlich gewesen sind." (Großer Beifall.) Thiers sagt hierauf, daß er sich weder mit den Finanzen, noch mit der äußeren Lage, sondern einzig und allein mit den inneren Angelegenheiten beschäftigen will. Er hebt hervor, daß man erklärt habe, die Verfassung könne vervollkommenet werden, und daß der gesetzgebende Körper bei der Discussion der Adresse die Wünsche des Landes bekannt machen

kann. Thiers drang in seiner ausgezeichneten Rede, die einen tiefen Eindruck hervorbrachte und welche vielleicht die beste ist, die er je gehalten, besonders darauf, daß die Kammer ihre volle Freiheit wieder erhalten und die ministerielle Verantwortlichkeit wieder eingeführt werden müsse. Er schloß mit der Erklärung, daß er dem Kaiserreiche ohne Rücksicht seine Unterstützung verspreche, wenn dasselbe die Freiheit gebe, und daß das Land die Freiheit mit Ungeduld fordern werde, wenn man sie ihm nicht heute bewillige, wo es dieselbe auf ehrfurchtsvolle Weise verlange.

Paris, d. 11. Januar. Heute begann im gesetzgebenden Körper die Adressdebatte. In der letzten Minute haben Michon, Ancel, Kolb-Bernard u. a. noch folgendes Amendement zum ersten Absatz eingebracht: „Das allgemeine Stimmrecht ist die Basis unseres politischen Gebäudes. Die Regelmäßigkeit und Aufrichtigkeit seiner Anwendung sichern, heißt die Stärke der Staatsgewalt mehren. Die Erfahrung fürchtete auch den Beweis, daß das Wahlgesetz vollere Bürgschaften und klarer abgefaßte Bestimmungen noch zu wünschen übrig läßt.“ — Als die Regierung bei Eröffnung der Kammern glaubte, nur eine Minoritäts-Dyposition von höchstens zwanzig Stimmen gegen sich zu haben, und über dieses ver gleichsweise sehr günstige Resultat triumphirte, hatte sie außer Acht gelassen, daß der Einfluß dieser Dyposition sich auch in der Haltung der Majorität bemerkbar machen werde. Heute hat sich dies bewahrheitet. Amendements, die vor einem Jahre von den „Fünf“ nur mit Bögen eingebracht worden wären, werden jetzt von Mitgliedern der Majorität unterzeichnet, und so ist denn das Factum wichtig genug, wonach eine Anzahl hervorragender Glieder der Majorität diverse Amendements, entsprechend denen der Minorität, eingebracht hat, Amendements, von denen die über Algier und Arbeiter-Sociationen dem Inhalte nach ganz denen der Dyposition identisch sind. Die Regierung fürchtete auch den Wiederhau, den die Worte Berryer's im Bande finden, und sie sah sich deshalb veranlaßt, die Rede Vuitry's, des Regierung's Commissars, der gegen ihn gesprochen, apart in Plakatform drucken zu lassen, damit sie in allen Gemeinden des Kaiserreichs öffentlich angeschlagen werde. Mit Bezug hierauf hört man in gewissen Kreisen vom Rücktritte des Herrn Fould, der nach den Adressdebatten flüchtigen werde, sprechen. Hier scheint aber eine Verwechslung der Motive vorzuliegen. Fould nämlich hat zu seinem Schrecken bemerkt, daß er zu lange mit der Ausgabe des neuen Anlehens gewartet. Die Lage der Bank ist kritisch, da diese zu theuren Preisen in Frankfurt a. M. auf lange Wechsel Gold gekauft hat, die jetzt eingelöst werden müssen. Gestern nun fand eine Sitzung des Verwaltungsrathes statt, in welcher darauf gedrungen wurde, den Escompte auf 8 pCt. zu erhöhen. Fould indessen widersteht sich dieser Maßregel aufs dringendste, indem er sich auf Specialbefehle des Kaisers berief. Die Mehrzahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes hat nun in Folge dessen ihre Entlassung eingereicht. Ob die Folgen indeß auch die oben angedeuteten sein werden, scheint noch ungewiß.

Bermischtes.

Leipzig, d. 12. Januar. Ein gewisser Ludwig, aus Halle gebürtig, Copist, hat heute früh seine Geliebte, die 24-jährige un-erhebeliche Weber von hier, mit welcher er seit einigen Tagen im Preu-erhagischen eine Stube zusammen bewohnt hatte, in dieser Stube erschossen. Ludwig erschien gegen Mittag freiwillig an Polizeiamt'sstelle und klagte sich selbst bis dahin noch unentdeckt geliebten Mordes an. Bei der Seiten des Polizeiamtes vorgenommenen Aufhebung fand man die Weber entleert auf dem Bette liegen. Sie hatte einen Schuß in der Stirn, welcher ihrem Leben ein jedenfalls schnelles Ende gemacht hat. Ludwig behauptet, daß er den Mord auf Veranlassung der Weber ausgeführt habe und entschlossen gewesen sei, sich selbst zu entleiden, daß jedoch das Zerzerol, dessen er sich bedient, mehrmals verfaßt habe. Die Angabe Ludwigs gewinnt dadurch allerdings an Glaubwürdigkeit, daß die Weber, wie ziemlich festgestellt ist, gestern Nachmittag in einem Gewölbe des Thomaskirchens selbst sog. Rothpfeifen gekauft hat. Auch ein in der Stube, in welcher die That geschehen ist, aufgefunden von der Weber geschriebener Zettel scheint die Absicht Ludwigs und der Weber, vereint in den Tod zu gehen, zu bestätigen. Ludwig ist 34 Jahre alt, verheirathet, lebt jedoch von seiner Frau seit einiger Zeit getrennt und hat zwei Kinder. (L. Z.)

Theater-Notiz.

Eingetretener Hindernisse wegen findet das Benefiz von Fräulein Brecht unter Mitwirkung des Hrn. v. Fielitz erst im Laufe nächster Woche statt.

Fremdenliste.

- Angelommene Fremde vom 12. bis 13. Januar. Kronprinz. Hr. Reg.-Rath v. Sichel a. Potsdam. Hr. Gutshof. Bennede a. Brandenburg. Hr. Fabrik. Schwente a. Gierfeld. Die Hrn. Kauf. Engel a. Merzane, Krause a. Neuhaldensleben, Niemann a. Magdeburg, Meier a. Berlin. Stadt Zürich. Die Hrn. Kauf. Houben a. Köln, Singer a. Gera. Hr. Rath Büling a. Weimar. Hr. Fabrik. Häbeler a. Berlin. Hr. Landwirth Roschhausen a. Heinerheim. Goldner Ring. Die Hrn. Kauf. Wede a. Pirna, Trautwein a. Bremen, Griseel a. Berlin. Hr. Ingen. Dehmann a. Bromberg. Die Hrn. Gutshof. Fichtel a. Marienburg, Eger a. Braunsberg. Goldner Löwe. Die Hrn. Kauf. Drensenfeld, Sigeroth u. Hindner a. Magdeburg, Kallstb a. Bromberg, Fabel a. Berlin, Schiller a. Chemnitz, Witt a. Mainz, Knoblauch a. Celle, Klein a. Breslau, Schäfer a. Hamburg, Wagner a. Gierfeld. Stadt Hamburg. Hr. Rittergutsbes. Baron v. Stropf a. Agnesdorf. Hr. Amtm. Rosoff a. Erdborn. Die Hrn. Kauf. Ube a. Magdeburg, Janßen u. Sab a. Berlin, Winkler a. Barmen, Kühne a. Leipzig, Bunge a. Stendal, Giesmann a. Gera. Mente's Hôtel. Die Hrn. Amtl. Jordan u. Gem. a. Scherzberg, Baer a. Nordhausen. Die Hrn. Kauf. Paulmann, Schend u. Wulst a. Magdeburg, Groß a. Würzburg, Blummer a. Mainz, Schröder a. Naumburg, Stendel u. Kunsch i. B., Weisenfels a. Nürnberg, Rab. Müller a. Berlin.

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 4 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 10 Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 4 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N^o 11.

Halle, Donnerstag den 14. Januar
Hierzu zwei Beilagen.

1864.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheit.

Frankfurt a. M., d. 12. Januar. (Tel.) Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht die Uebersetzung einer Depesche, die Drouyn de Lhuys unter dem 8. Januar an eine deutsche Regierung gerichtet. Folgendes ist der wesentliche Inhalt. Dem Kaiser Napoleon sei die Einladung der englischen Regierung vom 31. December zu einer Conferenz über die schleswig-holsteinische Angelegenheit zugegangen. Die kaiserliche Regierung müsse jedoch im Hinblick auf das Scheitern eines allgemeinen Congresses den Vorschlag dieser speziellen in Paris abzuhaltenen Conferenz ablehnen. Inzwischen sei sie nicht unbedingt gegen eine derartige Conferenz. „Die Londoner Conferenz von 1852“, fährt die Depesche wörtlich fort, „hat nur ein ohnmächtiges Nachwort zu Stande gebracht; ihre Beschlüsse werden heute von der Mehrzahl der deutschen Staaten zweiten Ranges bestritten, sogar von einigen, welche selbst zugestimmt hatten. Wenn man heute wieder zusammenträte, würde es wesentlich sein, sich auf Bedingungen zu stellen, welche geeignet, Hoffnung auf ein besriedigendes Resultat zu geben. An erster Stelle würde es wichtig sein, die Conferenz nicht dadurch mit dem Bundestage in Conflict zu setzen, das man etwa die Bevollmächtigten derselben schon thatsächlich entgegengesetzt hat sich bereits an sie geneigt, den aktuellen Stand verstanden mit Vorbehalt des Punktes zu nehmen.“ Drouynlands an den Verhandlungen einbarungen von 1852 zur Handlung ohne den Bund Bund auf dieselben eingehen nachträglicher Beitritt sei eher greffe zu erreichen gewesen, um mehreren früheren Gelegenheiten dahin zielen, daß die Interessen des Bundes mit dem Willen der Kaiser, ehe er seinen Entschluß annimmt, sich zuvor darüber die deutschen Staaten in dieser Depesche schließt mit dem Ersuchen über den englischen Vorschlag



Hamburg, d. 11. Jan. In den vergangenen Berichten aus Südschleswig sind Stellen der Schleie bündlich, wenn unmöglich erscheine. — Die Tage sagt: Wie es heißt, hat die Partei eine Huldigungsadresse Kiel geschickt. — Den „Hamb.“ das bisher von Unteroffizier: höherer Befehl binnen 24 Stunden die schleswigische Regierung das eventuell auch der König von Dänemark nebst Gemahlin ihre Residenz in dem Schlosse nehmen würden.

Isehoe, d. 12. Januar. (Tel.) Der „Isehoeer Stg.“ wird aus Schleswig vom 10. geschrieben, daß der Amtmann Johannsen aus Husum, von dem Könige abermals aufgefordert, das Ministerium für Schleswig zu übernehmen, nach Kopenhagen abgereist sei und wahrscheinlich annehmen werde. Nach der „Westfälischen Abendzeitung“ hat die dänische Regierung alle in der Eidermündung liegenden Fahrzeuge gemietet, um daraus bei Friedrichstadt eine Brücke über die Treene zu schlagen. Das Treeneval sei unter Wasser gesetzt. Bei Schwabstedt würden Militärmagazine angelegt.

Hannover, d. 12. Januar. (Tel.) Der Minister des Innern von Hammerstein eröffnete heute der Deputation, welche ihm die Adresse der Landesversammlung vom 10. d. überreichte, es sei bekannt, wie sehr sich der König für die Sache der Herzogthümer interessire. Der König wolle nicht der Entscheidung des Bundestags durch irgend welche Erklärungen vorgreifen. Der Minister verweigerte weitere Erklärungen über die Absichten des Königs sowie der Regierung, indem er bemerkte, es sei keine Veranlassung, die Antwort des Königs ungünstig aufzufassen.

London, d. 11. Jan. (Tel.) Das Haus Hambro u. Co. hat sich bereit erklärt, eine dänische fünfprozentige Anleihe im Betrage von 1,200,000 Pfd. St. zu dem Emissionspreise von 93 aufzulegen.

Die „A. Stg.“ veröffentlicht den Wortlaut der englischen Note an den Bund vom 31. Decbr. 1862. Lord John Russell beginnt mit folgenden dreifachen Sätzen: „Die Ereignisse, welche eingetreten sind seit dem Tode des vorigen Königs von Dänemark, haben die Regierung Ihrer Majestät mit ernster Besorgniß erfüllt. Zuerst hatten die Dinge einen günstigen Ansehen. Der Nachfolger Friedrichs VII. wurde allgemein (?) anerkannt, ebensowohl in Holstein, Lauenburg und Schleswig als in dem Königreich Dänemark. Einige (?) der Richter und Professoren verweigerten allerdings den Huldigungseid, aber Ruhe und Gehorsam befohlen im allgemeinen die Oberhand. Dieser inneren Zustimmung (?) folgte die Anerkennung von Seiten Frankreichs, Großbritanniens, Russlands und Schwedens.“

Die Reise zweier Mitglieder des schleswig-holsteinischen Centralausschusses (Brater und Kolb) nach Kiel fand in Folge einer Einladung der Regierung des Herzogs Friedrich statt, um in den Einzelbeziehungen wie im Allgemeinen eine vollkommen übereinstimmende Wirksamkeit in Verwendung der Mittel für die Sache Schleswig-Holsteins herbeizuführen. Diese Verständigung wurde vollständig erreicht. Danach ergiebt sich denn auch die unbedingte Grundlosigkeit jener Besorgnisse ängstlicher Gemüther, welche in der Bildung des Sechsbund-dreißiger Ausschusses, wenn nicht ein Seitenstück zum französischen Nationalkonvente, doch allermindestens eine revolutionäre Gegenregierung wider die Autorität des „legitimen“ Herzogs Friedrich erblickten.

Auf die Bitte, welche der Herausgeber der „Zeit“, des in Hamburg erscheinenden Organs der nationalen Partei in den Herzogthümern, an die Bundescommissare richtete, das Verbot dieses Blattes für Holstein und Lauenburg zurückzunehmen, hat derselbe folgende abschlägige Antwort erhalten:

„Auf Ihre Eingabe vom 5. d. Mts. haben Wir Ihnen zu erwidern, daß Wir uns im Hinblick auf die ganze Haltung des in Ihrem Verlage erscheinenden Blattes „Die Zeit“, in welchem — wie dies namentlich in der Nummer vom 2. d. Mts. geschieht — öfters zum Ungehörigen gegen Unsere Anordnungen, wie zur Verletzung der militärischen Holsteinischen Beamten angesetzt wird, nicht veranlaßt finden können, das gegen die Verbreitung der fraglichen Zeitschrift einmal bestehende Verbot jetzt wieder anzuhängen. Altona, den 7. Januar 1864. Die Bundes-Commissare für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg. v. Kärner. v. Rieper.“

Die „Zeit“ hatte die Entlassung der Beamten, welche dem König Christian den Eid geleistet, und die möglichst rasche Uebernahme der Regierungsgewalt durch den Herzog Friedrich verlangt.

Aus Kienburg vom 8. Januar bringt die „N. Hannoversche Zeitung“ folgende ohne Zweifel halboffizielle Mittheilung: „Es dürfte von Interesse sein, zu erfahren, wie es sich eigentlich mit der in letzterer Zeit in verschiedenen Blättern vielfach besprochenen Räumung des Rendsburger Kronwerks verhält, und ich theile Ihnen daher aus authentischer Quelle mit, daß hier von einer Räumung des Kronwerks dänischer Seite überall nicht die Rede ist, und zwar einfach aus dem Grunde, da eine solche von Seiten der Exekutionstruppen bisher gar nicht verlangt ist. Es ist nämlich die Grenze freitragend und der kommandirende General der Bundes-Exekutionstruppen nicht beauftragt, in dieser Beziehung eine Entscheidung zu treffen. Vorläufig ist